

Niederschrift über die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.04.2024, 18:17 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	Bürgermeisterin	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	Vertretung für Herrn Heinrich Volmer
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Frau Ulrike Fascher	CDU	Vertretung für Herrn Dennis Bachmann
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertretung für Frau Sarah Albertz
Frau Angela Kullik	FAMILIE	Vertretung für Herrn Marcel Stratmann
Herr Thomas Michels	CDU	Vertretung für Herrn Gerrit Tranel
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Holger Weiling	CDU	
Verwaltung		
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann		
Frau Marie Tebbel	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Tebbel

Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg eröffnet um 18:17 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:56 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Anregung gem. § 24 GO NRW Reduzierung der Anzahl der Ratsmandate und Wahlbezirke zur Kommunalwahl 2025
Vorlage: 098/2024
- 3 Schulzentrum - Vorschlag des Nepomucenum zum Ausgleich von Aufwendungen
Vorlage: 048/2024
- 4 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Prüfung der Verlegung der Krammärkte und des Ursulamarktes
Vorlage: 100/2024
- 5 Aktuelle Informationen zur Grundsteuerreform
Vorlage: 099/2024
- 6 Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen und über den Verlauf der Zinssteuerung
Vorlage: 092/2024
- 7 Planerische Umsetzung der Machbarkeitsstudie Primarstufe (Ganztagsanspruch, in Teilen Dreizügigkeit)
Vorlage: 063/2024/1
- 8 Einführung eines kommunalen Energiemanagements
Vorlage: 087/2024
- 8.1 Einführung eines kommunalen Energiemanagements
Vorlage: 087/2024/1
- 9 Schulsozialarbeit - Finanzierung Tarifsteigerungen bei extern besetzter Stelle
Vorlage: 050/2024
- 10 Kommunaler Zuschuss zur KiBiz-Miete zur Refinanzierung des Baus der 6-Gruppen-Einrichtung im Ortsteil Lette
Vorlage: 069/2024
- 11 Entscheidungen über Sperrvermerke im Stellenplan 2024 bezüglich der Besetzung der Stellen der Fachbereichsleitung 43 sowie der Bereichsleitung der Volkshochschule (VHS)
Vorlage: 097/2024
- 12 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Gründung von Gesellschaften durch die Emery Führungs- und Servicegesellschaft mbH
Vorlage: 102/2024
- 3 Ankauf einer Wegefläche
Vorlage: 079/2024
- 4 Tausch einer Gewerbefläche
Vorlage: 080/2024

- 5 Verkauf eines Grundstückes mit Gebäude
Vorlage: 088/2024
- 6 Unterkunft für Geflüchtete Wiesenstr. 18 - Varianten Umbau und Sanierung / Neubau
Vorlage: 067/2024
- 7 Anfragen

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg weist darauf hin, dass die Sitzung wieder auf dem YouTube-Channel der Stadt Coesfeld übertragen werden, und dass wenn die Mikrofonanlage genutzt werde, auch der Ton via Live-Stream übertragen würde.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Frau Kämmerin Christin Mittmann gibt Informationen zur Umsetzung des §2B Umsatzsteuergesetz. In dem Referentenentwurf des Jahressteuergesetzes 2024 ist eine Verlängerung der Optionsfrist bis zum 01.01.2027 enthalten. Dies bedeutet, dass die Kommune noch bis zum 01.01.2027 das alte Recht anwenden darf.

Herr Klaus Volmer, Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste und Bürgerservice, gibt einen Überblick über die aktuelle Personalsituation. Er teilt mit, dass die Verwaltung aktuell dabei sei, u.a. die Stellen der Fachbereichsleitungen für die Fachbereiche 60 und 70 zu besetzen. Man vertrete die Meinung, dass man Stellen besser nicht besetzt, bevor man sie schlecht besetzt.

Auch im Bereich Hochbauingenieure gab es zuletzt offene Stellen, die aber mittlerweile besetzt werden konnten. Die neuen Mitarbeitenden starten Mitte Mai und Anfang Juni. Die Stellen seien u.a. wichtig für den Schulbau und die Schulbausanierung. Im Bereich Stadtplanung, so Herr Volmer, müsse man nun schauen, was die aktuelle Stellenausschreibung ergebe. Die Verwaltung merke deutlich, dass sich das Niveau der Bezahlung deutlich nach oben geschraubt habe. Die Personalabteilung der Stadt Coesfeld merke deutlich, dass der Trend bei den Arbeitnehmern aktuell in Richtung Teilzeit gehe. Grund hierfür sei der Wunsch nach einer besseren „Work-Life-Balance“. Diese Tatsache, so Herr Volmer, mache eine Stellenbesetzung herausfordernder.

Was die Stelle „Baukontrolle“ betreffe, so sei diese zu Beginn des Jahres ausgeschrieben gewesen. Es hatte auch Zusagen gegeben, die ausgewählten Personen seien allerdings in der Zwischenzeit wieder abgesprungen. Das Verfahren sei nun in der zweiten Runde.

Was die Stelle „Citydienst“ (Ordnung und Sauberkeit in der Stadt) betreffe, so sei es nicht so einfach diese zu besetzen. Hier habe man nun aber eine Kooperation mit dem Fachbereich 50 Soziales und Wohnen, wodurch man geeignete Personen gefunden habe und diese nun ansprechen wolle.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg stellt fest, dass der Fachkräftemangel mit Fokus auf den technischen Bereich voll bei der Stadtverwaltung angekommen sei.

Zudem spricht Frau Diekmann eine herzliche Einladung zum Stadtdialog „Pizza und Politik“ aus, welcher im Anschluss an die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Extrablatt stattfindet.

TOP 2	Anregung gem. § 24 GO NRW Reduzierung der Anzahl der Ratsmandate und Wahlbezirke zur Kommunalwahl 2025 Vorlage: 098/2024
-------	---

Herr Bücking fragt, ob der Rat der Stadt Coesfeld sich überhaupt auf 32 Mandate reduzieren könne, da laut Gesetz doch 44 Mitglieder vorgeschrieben seien und man nur um 10 verringern könne.

Herr Prinz bejaht dies.

Anmerkung der Verwaltung:

In § 3 Abs. V Kommunalwahlgesetz wird deutlich, dass die gesetzliche Mitgliederzahl, diejenige ist, die in dem § 3 Kommunalwahlgesetz selbst genannt wird. Für Städte in der Größenordnung von Coesfeld, sind dies 44 Mitglieder. Dies ist die Ausgangszahl für eine Reduzierung. Da der Paragraph beschreibt, dass eine Reduzierung um bis zu 10 Mandate möglich ist, wäre hier folglich nur eine Reduzierung um 10, auf 34 Mitglieder möglich. Die Forderungen des Antragstellers könnten somit nicht in Gänze angenommen werden.

Herr Prinz führt an, dass die Verringerung zu einer verminderten politischen Beteiligung führe. Mehr Ratsmitglieder würden auch zu einem größeren und vielfältigeren Meinungsbild führen. Auch würde sich durch eine Reduzierung der Mandate, die Zahl der Wahlbezirke ändern und somit auch ihre Größe. Die einzelnen Wahlbezirke würden größer und die Ratsmitglieder wären somit auch für eine größere Fläche „verantwortlich“.

Herr Prinz spricht sich folglich gegen den Vorschlag des Antragstellers aus.

Herr Bücking sagt, dass eine breitere Beteiligung auch mehr Multiplikatoren mit sich bringe. Auch die CDU werde nicht zustimmen.

Auch Herr Nielsen teilt mit, dass die SPD nicht zustimmen werde. Die Einsparungen, die mit der Verringerung einhergehen, seien unerheblich.

Beschlussvorschlag (des Antragsstellers):

Es wird beschlossen, die nominelle Zahl der Ratsmandate laut § 3 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz auf 32 und die Anzahl der Wahlbezirke entsprechend auf 16 zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	1	14	0

TOP 3	Schulzentrum - Vorschlag des Nepomucenum zum Ausgleich von Aufwendungen Vorlage: 048/2024
-------	--

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt ergänzend zu den Glastüren für die Sekundarstufe I (vgl. Vorlage 321/2021) auch Glastüren für die Sekundarstufe II mit einem weiteren Kostenaufwand von 30.550 € einzuplanen und zu bestellen. Die Finanzierung wird über entsprechend nachzuweisenden Einsparungen beim Umzugsaufwand zwischen dem 2. und 3. Bauabschnitt im 1. Quartal 2025 erfolgen. Die Plausibilität ist im Rahmen der Haushaltsberatungen 2025 transparent darzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	1	0

TOP 4	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Prüfung der Verlegung der Krammärkte und des Ursulamarktes Vorlage: 100/2024
-------	--

Frau Dicke erläutert für die Fraktion Pro Coesfeld den Antrag.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg teilt mit, dass die (Kram-)Marktbeschricker die Termine für dieses Jahr bereits erhalten hätten. Auch die Verwaltung hätte bereits festgestellt, dass der Standort „Marktplatz“ am Samstag eine andere Strahlkraft hätte als die Fußgängerzone am Freitag. Seinerzeit wurde mit den Beteiligten besprochen, dass, wenn der Krammarkt auf den Samstag verlegt wird, dieser in jedem Fall auf dem Marktplatz stattfinden solle. Frau Diekmann-Cloppenburg merkt an, dass sie sehr dankbar für Verbesserungsvorschläge sei. Bis lang seien diese bei der Verwaltung noch nicht eingegangen.

Bezüglich des Beschlussvorschlages bittet Frau Diekmann-Cloppenburg die Verschiebung des Ursulamarktes explizit in diesem Jahr herauszunehmen.

Beschlussvorschlag (aus dem Antrag der Fraktion Pro Coesfeld):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Krammärkte von samstags auf freitags und der Ursulamarkt verlegt werden können.

Hierbei sollen die Marktbeschricker der Krammärkte, des Ursulamarktes, sowie des Wochenmarktes und der Stadtmarketingverein befragt werden, ob sie eine solche Verlegung positiv unterstützen.

Auch bei den Marktbeschrickern, die bisher an den Märkten freitags anwesend waren, sollte angefragt werden, ob sie bei einer Verlegung auf den Freitag wieder in Coesfeld einen Marktstand betreiben würden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	2	0

TOP 5	Aktuelle Informationen zur Grundsteuerreform Vorlage: 099/2024
-------	---

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Frau Kämmerin Christin Mittmann teilt mit, dass noch kein Protokoll aus der Sachverständigenanhörung vorliege.

Herr Böyer fragt, was passiere, wenn die Stadt keinerlei Informationen erhalte. Er fragt konkreter, ob die Grundsteuer dann zunächst einmal berechnet werde und dann ggfs. im späteren Verlauf wieder erstattet werde.

Frau Mittmann erläutert, dass aktuell Grundsteuermessbescheide vom Finanzamt verschickt wurden. Mit einem Hebesatz könnte dann wie bisher die Grundsteuer festgesetzt werden. Die vom Land berechneten aufkommensneutralen Hebesätze sollen den Kommunen und der Bevölkerung erst im dritten Quartal zur Verfügung gestellt werden. Damit gebe es aber aktuell Regelungen, die der Kommune das weitere Agieren ermöglichen.

Herr Fabry fragt, ob die Reform dazu führen werde, dass es aufkommensneutral fürs Land oder für die Kommune sei.

Frau Mittmann erläutert, dass die Idee hinter der Reform war, dass es aufkommensneutral für die Kommunen sei. Damit ist gemeint, dass die Kommune vor der Reform ein Grundsteueraufkommen hatte und dieser Betrag der Kommune für die vielfältigen kommunalen Aufgaben auch nach der Reform zur Verfügung stehen soll.

Herr Bücking fasst zusammen, dass die Grundlagenwerte bekannt seien. Nach jetziger Erkenntnis werde es dazu führen, dass es zu einer unterschiedlichen Gewichtung von Wohn- und Gewerbebauten komme. Damit diese Ungleichgewichtung nicht zu groß werde, wolle der Finanzminister, dass die Kommunen es hier über zwei verschiedene Grundsteuer B-Hebesätze regeln können. Diese Aussage, so fasst Herr Bücking zusammen, wurde nun revidiert.

Frau Mittmann sagt, dass dies auf Bundesebene richtig sei. Bundesfinanzminister Lindner habe einer bundeseinheitlichen Regelung eine Absage erteilt. Jedoch werde weiterhin versucht, auf Landesebene eine Regelung zu treffen. Der NRW-Finanzminister plane verschiedene Hebesätze in der Grundsteuer B. Frau Mittmann bestätigt, dass die Angelegenheit sehr komplex sei, weil es grundsätzlich auch die Möglichkeit der verschiedenen Messzahlen gebe, dafür aus Sicht des Landes aber die Zeit zur Umsetzung fehle.

Sie teilt zudem noch einmal mit, dass die Grundsteuer eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen sei. Die Kommunen sollten folglich nicht schlechter gestellt werden. Für einzelne Personen könne es allerdings passieren, dass sich hier Unterschiede ergeben.

Herr Böyer fragt, ob folglich auf alle Eigentümer von Privatgrundstücken eine Mehr- und alle Eigentümer von Gewerbetreibenden eine Minderbelastung zukäme.

Frau Mittmann verneint diese generalisierende Aussage. Die Tendenz geht auf Grund der Landesdaten in diese Richtung, allerdings habe sich der Wert für jedes Grundstück verändert.

Frau Mittmann teilt weiter mit, dass man aus dem Grundsteuermessbescheid, den man jetzt bekommen habe, noch nicht die zukünftige Grundsteuer ablesen können, da der Hebesatz noch nicht feststehe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg bittet die Bürger:innen darum, noch ein wenig Geduld zu haben.

TOP 6	Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen und über den Verlauf der Zinssteuerung Vorlage: 092/2024
-------	--

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Herr Flögel merkt an, dass sich der Bericht der Magral sehr sperrig gelesen habe und somit der Erkenntnisgewinn sehr überschaubar gewesen sei. Die entscheidenden Fragen seien nicht beantwortet worden. Er teilt mit, dass ihm das Vertrauen in die Magral fehle um die Zinssteuerung mit ihr weiterzuführen.

Frau Kämmerin Christin Mittmann erläutert, dass es nicht darum gehe, dass die Magral die Stadt Coesfeld zu Darlehen berate, sondern um den Abschluss von Zinssicherungsgeschäften. Die Magral schaue folglich auf bestehende Darlehensverträge. Und egal in welche Richtung eine Entwicklung stattfinde, gebe es durch die Magral eine Absicherung. Die Firma habe bestimmte Werkzeuge, zeige diese aber nicht in der öffentlichen Präsentation, da diese zu deren Geschäftsmodell gehöre. Frau Mittmann stellt deutlich heraus, dass die Arbeit mit der Magral sehr vertrauensvoll sei und man als Kunde immer alle Vorgänge einsehen könne. Sollte Bedarf bestehen, so könne die Magral sich aber gern auch noch einmal persönlich vorstellen.

Herr Fabry fragt, wie hoch die Zahlung an Magral im letzten Jahr gewesen sei.

Frau Mittmann sagt eine Antwort über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

Im Jahr 2024 wurde für das Ergebnis im Jahr 2023 rd. 1.750,00 Euro an Magral gezahlt.

Herr Nielsen teilt mit, dass es nicht notwendig sei, dass Magral sich erneut vorstelle. Auch Herr Flögel lehnt dies ab.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg betont, dass die Zusammenarbeit mit der Magral sehr gut sei. Sie erläutert, dass sie drei Termine mit der Magral gebraucht habe, um dieses komplexe Thema zu verstehen.

Herr Böyer spricht sich für eine Zusammenarbeit mit der Magral aus.

TOP 7	Planerische Umsetzung der Machbarkeitsstudie Primarstufe (Ganztagsanspruch, in Teilen Dreizügigkeit) Vorlage: 063/2024/1
-------	---

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass es sich um eine Machbarkeitsstudie handelt und nicht um die konkreten Planungen, die auch so im Detail umgesetzt werden. Die Schulleitung der Kardinal-von-Galen-Schule spreche sich als Aufstockung als sinnvollste Lösung gesehen wird. Die zusätzliche Nutzung der Kita würde als eine akzeptable Übergangslösung gesehen werden. Die Container seien noch für 8-10 Jahre gut nutzbar. Als Verbesserungsvorschlag bringt die Schule ein, dass das Lehrerzimmer nicht in den Container verlagert werde, sondern dass im Container ein Klassenraum eingerichtet werde. Hintergrund sei, dass die OGS dann besser im Bestandsgebäude bleiben könne.

Beschlussvorschlag:

Der im Sachverhalt dargestellten Prioritätensetzung bei der Umsetzung von Planung und Bauausführung durch das Zentrale Gebäudemanagement wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 8	Einführung eines kommunalen Energiemanagements Vorlage: 087/2024
-------	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Ergänzungsvorlage vor.

TOP 8.1	Einführung eines kommunalen Energiemanagements Vorlage: 087/2024/1
---------	---

Herr I. Beigeordneter Hänsel sagt, dass die Einführung eines kommunalen Energiemanagements begrüßt würde. Fraglich war dort, ob die Stelle mit eigenem Personal besetzt werden muss. Aus diesem Grund habe die Verwaltung nun eine Ergänzungsvorlage erstellt, die hier vorliegt.

Herr Bücking äußert seine Zweifel dahingehend, hier geeignetes Personal für die Stelle zu bekommen, besonders weil die Stelle auf drei Jahre befristet sei. Eine „Entfristung“ der Stelle, lehne die CDU jedoch ab. Generell spreche sich die CDU für die externe Lösung aus. Energiemanagement begrüße die Fraktion ganz deutlich.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg sagt, dass die Verwaltung vor 10 Jahren aufgehört hätte den Energieverbrauch zu monitoren. Nun wolle man diese Aufgabe wieder aktiv angehen und eine dauerhafte Lösung finden und die Chance der 70-prozentigen Förderung nutzen.

Herr I. Beigeordneter Philipp Hänsel erläutert, dass die Förderung nicht im Nachgang beantragt werden könne.

Herr Bücking fragt, ob die Aufgabe dauerhaft etabliert werden solle.

Frau Diekmann-Cloppenburg antwortet, dass die Stelle zunächst auf drei Jahre befristet sei, dass sie sich aber gut vorstellen könne, dass die Aufgabe auch darüber hinaus weitergeführt werde.

Auch Herr Böyer spricht sich für eine externe Lösung aus. Er teilt mit, dass sich die Fraktion Pro Coesfeld gleich enthalten und dann im Rat entscheiden werde.

Herr Flögel sagt, dass die Fraktion es auf jeden Fall begrüße. Auch die Einführung eines Gebäudeautomationssystems begrüße die Fraktion. Bei der Einführung solch eines Systems würde sich auch die Breite der Stelle erklären. Die Effizienzgewinne dürften dadurch auch so groß sein, dass sich die Stelle lohnte.

Frau Diekmann-Cloppenburg bestätigt, dass dies die Definition der Stelle sein solle. Man wolle nicht nur monitoren, sondern auch energiesparende Maßnahmen einrichten.

Auch Herr I. Beigeordneter Hänsel sagt, dass dies der erste Schritt zu einer Automation sein könne. Allerdings, so Herr Hänsel, verfüge die Stadt auch über viel Altgebäude, wo ein entsprechendes System zunächst installiert werden müsse.

Herr Prinz merkt an, dass es aktuell die Chance gebe, eine zu 70% geförderte Stelle einzurichten. In Zukunft bestünde die Möglichkeit, dass der Gesetzgeber vorgibt, dass eine Kommune solch eine Stelle braucht und dann die Fördermöglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Herr Michels fragt, ob die beiden städtischen Klimaschutzmanagerinnen nicht entsprechend geschult werden könnten, sodass diese die Aufgabe wahrnehmen. So könnte man jetzt die Option wählen, sich externe Hilfe durch ein Beratungsbüro o.Ä. zu holen um somit die Kolleginnen entsprechend zu schulen.

Frau Diekmann-Cloppenburg sagt, dass die Klimaschutzmanagerinnen aktuell keine Kapazitäten für zusätzliche Aufgaben hätten.

Herr Fabry bittet darum, bei Sanierungsarbeiten zu bedenken, dass verpflichtend fernauslesbare Zähler eingebaut würden.

Herr Nielsen sagt die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

Herr Bücking bittet um eine getrennte Abstimmung; zum einen bezüglich der externen und zum anderen bezüglich der internen Stelle.

Frau Bürgermeisterin Eliza Diekmann-Cloppenburg lässt zunächst über den weitestgehenden Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die Einführung eines kommunalen Energiemanagements unter der Voraussetzung einer Zusage für die Förderung über die Kommunalrichtlinie. Darin inbegriffen ist die geförderte Personalstelle als auch die optionale externe Begleitung.

Beschlussvorschlag 2 (Antrag der CDU während der Sitzung auf separate Abstimmung):

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die Einführung eines kommunalen Energiemanagements *lediglich im Rahmen einer externen Begleitung* unter der Voraussetzung einer Zusage für die Förderung über die Kommunalrichtlinie.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	8	5	2
Beschlussvorschlag 2	Keine Abstimmung, da obsolet		

TOP 9	Schulsozialarbeit - Finanzierung Tarifsteigerungen bei extern besetzter Stelle Vorlage: 050/2024
-------	---

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung fasst den Vertrag zur Verstärkung der Schulsozialarbeit mit der Evangelischen Jugendhilfe in einer Ergänzung so ab, dass ab dem zweiten Schulhalbjahr 2023/24 die vollständige Auswirkung von Tarifverträgen bei der Leistung der Stadt Coesfeld berücksichtigt werden kann.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 10	Kommunaler Zuschuss zur KiBiz-Miete zur Refinanzierung des Baus der 6-Gruppen-Einrichtung im Ortsteil Lette Vorlage: 069/2024
--------	--

Herr Thies erläutert noch einmal den Inhalt der Vorlage und das genaue Vorgehen. Zudem sagt er den Mitgliedern zu, Ihnen eine gesonderte Information zukommen zu lassen.

Herr Musholt fragt, was die anderen Kitaeinrichtungen zu dieser Thematik sagen würden, wenn ihr teilweise welche bezuschusst würden.

Herr Beigeordneter Thies antwortet, dass dies eigentlich nicht zu vergleichen sei, da der Bau, um den es hier gehe, unter anderen Voraussetzungen stattgefunden habe.

Frau Diekmann-Cloppenburg ergänzt, dass man jede Kita einzeln betrachten müsse. Für dieses Projekt liege eine Einzelfallentscheidung vor.

Es herrscht Einvernehmen über die Beschlussvorschläge en bloc abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen zusätzlichen kommunalen Mietzuschuss für das Projekt „6-Gruppen-Kindertageseinrichtung im Ortsteil Lette“ für die Haushaltsplanungen ab 2026 wie folgt vorzusehen:

1. Der Mietzins wird ab Inbetriebnahme der Einrichtung für längstens 20 Jahre um den Betrag aufgestockt, der erforderlich ist, um das Vorhaben mit dem Ziel der Inbetriebnahme zum 01.08.2026 am Markt umzusetzen.
2. Dieser kommunale Zuschuss verringert sich jährlich um die Steigerungsrate der KiBiz-Miete (Mietsteigerung nach dem Verbraucherpreisindex).
3. Der Differenzbetrag wird jährlich als kommunaler freiwilliger Zuschuss, zu zahlen an den Mieter/Träger, gewährt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1-3 (en bloc)	12	0	3

TOP 11	Entscheidungen über Sperrvermerke im Stellenplan 2024 bezüglich der Besetzung der Stellen der Fachbereichsleitung 43 sowie der Bereichsleitung der Volkshochschule (VHS) Vorlage: 097/2024
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Der in geändertem Beschlussvorschlag 9 der Vorlage 375/2023 zum Stellenplan 2024 angebrachte Sperrvermerk (behandelt in TOP 24 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.12.2023 sowie in TOP 45 der Ratssitzung vom 14.12.2023) wird aufgehoben.

Beschlussvorschlag 2:

Die aufgrund Beschlussvorschlag 8 derselben Vorlage 375/2023 zum Stellenplan 2024 eingerichtete 0,5-Stelle wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	15	0	0
Beschluss 2	15	0	0

TOP 12 Anfragen

Herr Musholt erkundigt sich, ob der Verwaltung das Problem bekannt sei, dass bei der Abbiegung von der Borkener Straße auf den Konrad-Adenauer-Ring (Höhe Edeka) die Ampel nicht auf grün schalte, wenn man nicht nah genug auf dem Kontakt stehe.

Frau Bürgermeisterin Diemann-Cloppenburg sagt zu dies nachzuprüfen.

Herr Bücking erkundigt sich in welcher Runde die Einführung des Formats „Pizza und Politik“ abgesprochen wurde. Dies sei nicht allen Gremienmitgliedern deutlich.

Frau Bürgermeisterin Eliza Diemann-Cloppenburg antwortet, dass nach dem letzten HFA eine erste Durchführung des Formats stattgefunden habe. Zudem sei es einmal in der Fraktionsvorsitzenden-Runde angesprochen worden und auf Zustimmung gestoßen. Sie sagt, dass sie, falls die Gremienmitglieder nicht hinter dem Format stünden, auch als alleinige Veranstalterin auftreten könne und die Gremienmitglieder ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger eingeladen seien.

Herr Weiling erkundigt sich, ob die Stadt bei der Errichtung des neuen Funkmastes an der Bundesstraße in Höhe des ehemaligen Tierheims mit eingebunden war und ob bekannt sei, dass dort gebaut werde.

Frau Bürgermeisterin Diemann-Cloppenburg sagt zu, sich diesbezüglich zu erkundigen.

Antwort der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung Coesfeld hat im Februar 2023 der ATC Germany Holdings GmbH eine Baugenehmigung für den Mobilfunkmast i.H.v. 51 Metern inkl. Zaunanlage genehmigt.

Herr Prinz fragt, wie es seien könne, dass Bäume an der De-Bilt-Allee von einer Privatperson so stark zurückgeschnitten würden, dass diese zwangsläufig kaputt gehen werden und der Täter ungestraft davon komme, obwohl es hier eine Festsetzungen im Bebauungsplan gebe. Er fragt zudem warum die Stadt nichts unternehme.

Frau Bürgermeisterin Diemann-Cloppenburg erläutert, dass gemeinsam vor vielen Jahren entschieden wurde, die Stelle der Baukontrolle nicht mehr nachzubesetzen. Oft bekomme die Verwaltung folglich nicht mit, wenn gegen entsprechende Pläne verstoßen würde. Dies wolle man nun aber angehen.

Herr I. Beigeordneter Hänsel fügt hinzu, dass im Umweltausschuss berichtet wurde, dass an dieser Stelle Bäume stehen müssen. Fakt sei, dass die Bäume hier noch stünden, auch wenn sich die Verwaltung sicher sei, ob diese den Rückschnitt überstehen werden. Man sei hier mit dem Eigentümer im Gespräch um bspw. zu klären, ob eine Fachfirma verantwortlich gewesen sei, oder nicht. Man warte hier noch auf eine Antwort.

Frau Diemann-Cloppenburg ergänzt, dass die Verwaltung dort tätig werde, wo sie von solchen Verstößen erfahre.

gez. Diemann-Cloppenburg
Bürgermeisterin

gez. Marie Tebbel
Schriftführerin

